

Bezugspreis:
Mietpreis 10.- M. monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einjährig
100.- M. ...

Anzeigenpreis:
Die abgegebene Anzeigenzeile
kostet 100 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wortplatz 15195-97
Expedition Wortplatz 11753-54

Dienstag, den 6. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inzeraten-
Abteilung Wortplatz 11753-54

Bayern sabotiert das Reich.

Die empfindliche Kahr-Regierung.

Die Münchener bürgerliche Presse bemüht sich, durch Töne
höchster Entrüstung den Anscheinung zu erwecken, als wehre
sie die bayerische Regierung dagegen, daß Bayern zu einer
Provinz und die Landesregierung zu einer Untergebenen des
Reichsministeriums herabgewürdigt werde. ...

Im übrigen bringt die „Münchener Post“ neues Material in
Sachen des bayerischen Einwohnerwehr-Gehelmsystems,
das sich mit der Organisation des sogenannten „Not-
bann“ an Stelle der verbotenen Einwohnerwehr beschäftigt. ...

Die Verordnung des Reichspräsidenten verbietet ausdrücklich
das Erscheinen aller Erschließblätter, die eine Fortsetzung des
verbotenen Blattes bedeuten, und droht die Herausgeber mit
schweren Strafen. ...

Was die Reichsregierung sagt.

Berlin, 6. September. (W.Z.) Die bayerische Regierung hat
die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in der Ange-
legenheit des Verbots der „München-Kugsburger Abendzeitung“
und der Unruhen in Coburg an die Münchener Regierung sandte,
bayerischen Zeitungen zur Veröffentlichung über-
geben, deren Kommentare dahin lauten, daß die Telegramme einen
Eingriff in bayerische Rechte und eine Brüstung Bayerns be-
deuten. ...

Nordbayern in Bereitschaft.

Nürnberg, 6. September. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
wärts.“) Am Montag Abend fand hier eine Versammlung
der Vertrauensleute der SPD. statt. Über 500 Genossen,
zum Teil aus Nürnberg, Mittel-, Ober- und Unterfranken, sowie
der Pfalz waren anwesend. ...

Partei Drehscheibe.

In einer gemeinsamen Sitzung haben Reichstags-
fraktion und preussische Landtagsfraktion der
Deutschen Volkspartei zur politischen Lage Stellung
genommen. Über das Ergebnis wird berichtet:
Die Anwesenden billigten einmütig die von den Fraktions-
vorsitzenden gegenüber dem Reichspräsidenten und dem Reichsan-
walter abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit des
Schutzes der Verfassung gegen jeden gewaltsamen Angriff. ...

Zwangswirtschaft der Kartelle.

Von Hermann Krähig.

Fürchterlich haben die Ruhnießer einer ungezügelter
Profitwirtschaft gezetert gegen die gebundene Wirtschaft, die
aus Anlaß des Krieges bestand. Diese sogenannte Zwangs-
wirtschaft ist nun nahezu reiflos beseitigt. Und wenn die
recht gehabt hätten, die gegen jene Zwangswirtschaft Sturm
riefen, so müßte unser Volk jetzt geradezu in billigen Waren
schwimmen. ...

Die vielgerühmte „freie Konkurrenz“ läßt man gar nicht
mehr zur Wirksamkeit kommen. Die „freie Konkurrenz“ ist
in die Fesseln der neuen Zwangswirtschaft gelegt worden.
Begen Außenleiter wird mit dem Kampfmittel der wirtschaft-
lichen Vernichtung vorgegangen. ...

So verlangen die Kleiderfabrikantenver-
bände, daß der Zanella-Verband an die Außen-
leiter in der Kleiderfabrikation nur dann Zanella liefere,
wenn sie 33 1/2 Proz. des Wertes als Zuschlag in die
Kasse des Arbeitgeberverbandes der deut-
schen Bekleidungsindustrie zahlen. ...

Statt Preisabbau also zunehmende Teuerung.
Den Arbeitern aber wirft eine gewisse Presse vor, ihre Lohn-
forderungen seien unberechtigt.

Gerade auf dem Gebiete der Textil- und Beklei-
dungsindustrie tritt diese Zwangswirtschaft mit am
schlimmsten auf. Und es findet sich auch kein Gericht,
welches einmal hineingreifen möchte in diese Wespenne-
st. ...

Ich habe kürzlich in der Nr. 172 der „Volkstimme“
in Chemnitz gezeigt, wie in solchen Bestehungs-
kostenrechnungen die Uebergewinne verborg-
en werden. Mir war mit anderem Material gegen die
Kartelle auch eine Bestehungskostenrechnung über Näh-
fäden zugegangen. ...

Das hat natürlich die Unternehmer sehr schwer getroffen,
denn nun sehen die Nähgarnverbraucher, wie enorm sie zum
Füllen der Taschen anderer herangezogen werden.

Natürlich besteht auch ein Kartell, die „Vertriebsgesell-
schaft Deutscher Baumwoll-Nähfaden-Fabrikanten, G. m. b. H.
in München“. Anstatt nun fein stille zu sein und daranzugehen,
eine richtige Bestehungskostenrechnung aufzustellen und
danach erheblich niedrigere Verkaufspreise
festzusetzen, läuft dieses Syndikat gegen mich Sturm.
Es hat bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft, deren stellver-
tretender Vorsitzender ich bin, ein Ermittlungsver-
fahren gegen mich beantragt, und verlangt, festzu-
stellen, ob sich jene Veröffentlichung der Be-
stehungskostenrechnung mit meinen Pflich-
ten der Verschwiegenheit als Mitglied der
Reichsstelle verträgt. ...

Man sieht, die neue Zwangswirtschaft scheut kein Mittel,
um ihre Herrschaft zum Schaden der Allgemeinheit aufrecht-
zuerhalten.

Man darf sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß die
treibenden Kräfte, die hinter der Regierung Kahr stehen, nicht
eine Ausöhnung mit der Reichsregierung erstreben, sondern
gewillt sind, den Konflikt auf die Spitze zu
treiben. ...

Dr. Birch hat erst in seiner Berliner Rede erklärt, daß
er bereit sei, gegen die Reaktion die ganze Staatsmacht ein-
zusetzen. Er wird vielleicht dazu Gelegenheit haben, in
Bayern die Festigkeit seines Willens zu erproben. ...

Offener Hohn!

München, 6. September. (Eigener Drahtbericht des „Vor-
wärts.“) Eine Gewerkschaftskommission aus acht Krei-
sen Bayerns wird heute nachmittag 2 Uhr beim Ministerpräsi-
denten Kahr vortreten. Sie wird ihm erklären, daß die bayerischen Ge-
werkschaften mit allen verfassungsmäßigen Mitteln sich hinter die
Reichsregierung stellen und die Durchführung der Reichs-
erlasse erzwingen werden. ...

Die gegenwärtige Lage in Bayern wird am besten von einem
bürgerlichen Blatt charakterisiert:
„Die Tatsache, daß die „München-Kugsburger Abendzeitung“
nicht verboten und daß die Sipps aus Coburg nicht zu-
rückgezogen worden ist, gibt wohl die bayerische An-
wort auf die Offensive der Reichsregierung gegen Bayern.“

Dazu kommt noch, daß der „Miesbacher Anzeiger“
heute morgen unter dem Decknamen „Miesbacher
Tagblatt“ mit demselben Dru und derselben Auf-
machung wieder erscheint, die Reichsregierung sofort wieder
anspöckelt und seinem Leserkreis versichert, er wisse bestimmt, daß die
bayerische Regierung in der Frage des Ausnahmezustandes fest-
bleiben werde. ...

Ein weiterer Beweis der Unbeliebtheit der Regierung Kahr
ist die Tatsache, daß München seit heute morgen wieder im Schutze
eines nationalsozialistischen Riesenspatats prangt
mit der Überschrift: „Judenfreiheit in der Republik“
und zum Protest gegen die Unterdrückung der freien Meinung durch
die „jogenaunte demokratische Reichsregierung“ auffordert. ...

Der Münchener Polizeipräsident ist eine Gefahr
für die verfassungsmäßige Regierung, ihm das Handwerk zu
legen, ist eine Forderung jedes Demokraten.





